

Argumente zur politischen Lage

Die Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat nachfolgend Fakten und Argumente zu den aktuellen Themen für die politische Diskussion und für die Ausarbeitung von Reden zusammengestellt.

Utopie statt Vernunft

„Modell Deutschland“ hieß das Motto, unter dem die SPD 1976 in den Bundestagswahlkampf gezogen ist. Das ist keine zwei Jahre her. Wer damals wie die CDU die Realitäten beim Namen nannte und den Bürgern die Wahrheit sagte, wurde von der SPD/FDP, allen voran die Herren Schmidt und Brandt, als Angst- und Panikmacher verschrien. Heute sind vielen Bürgern die Augen aufgegangen. Sie sehen, was die Stunde geschlagen hat.

Heraus- forderung

Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland stehen vor einer ernsten und tiefgreifenden Bewährungsprobe. Aufgaben sind zu bewältigen, die nach Bedeutung und Gewicht dem Wiederaufbau nach dem Krieg nahekommen. Erneut ist unsere Gesellschaft mit einer Vielzahl schwerwiegender Probleme gleichzeitig konfrontiert, die jeweils für sich genommen schon die ganze Kraft und Aufmerksamkeit der Politik beanspruchen würden. Ein Problemberg ist entstanden, der in seiner Größenordnung wie in seinen Wirkungen und Folgen eine unerhörte Herausforderung darstellt.

Die Behandlung aller Probleme würde den zeitlichen Rahmen dieser Rede sprengen. Deshalb möchte ich nur einige beispielhaft nennen.

Bevölkerungs- entwicklung und Rente

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland droht die Bevölkerungspyramide auf den Kopf zu stellen. Immer weniger Kinder werden geboren. Wo werden in Zukunft die jungen Menschen sein, die mit ihren Beiträgen zur Rentenversicherung den Lebensabend der älteren Mitbürger finanzieren?

Öffentliche Verschuldung

Der Schuldenberg des Staates wird immer höher. Die jährliche Neuverschuldung grenzt bereits an das verfassungsrechtlich gerade noch Zulässige. Und Schulden kosten Geld. Wie bei jedem Bürger so

auch beim Staat. Was heute auf Pump gemacht wird, belastet die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren mit einem hohen Schuldendienst.

Energiepolitik

Der Zickzackkurs der SPD/FDP-Regierung in der Energiepolitik bedroht eine ausreichende Energieversorgung und damit das wirtschaftliche Wachstum und dadurch zusätzlich die Arbeitsplätze.

Wildwuchs der Bürokratie

Ein Paragraphenwirrwarr von Gesetzen und Verordnungen überdeckt immer mehr das Leben in unserem Land. Der einzelne Mensch droht in Vergessenheit zu geraten. Seine Freiheit und seine freie Entfaltung werden immer mehr eingeengt. Die Familie gerät ins Abseits. Wissen die SPD/FDP-Politiker denn nicht, daß die Familie das Fundament einer freiheitlich-sozialen Gesellschaft ist?

Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eine bedrückende Hypothek. Allzuoft ist der Schritt aus der Schule in die Welt der Erwachsenen mit dem schweren Los der Arbeitslosigkeit verbunden.

In dieser Aufzählung fehlen noch drei Themen, Themen, die den Bürger heute am meisten beunruhigen. Mit ihnen will ich mich deshalb im einzelnen auseinandersetzen. Sie heißen: innere Sicherheit, Arbeitslosigkeit und Renten.

Innere Sicherheit

Sie alle haben die schrecklichen Ereignisse des Jahres 1977 noch im Gedächtnis: 7. April Ermordung von Siegfried Buback und seinen beiden Begleitern, 30. Juli Ermordung von Jürgen Ponto, 5. September Entführung von Hanns Martin Schleyer und Ermordung von vier seiner Begleiter, 13. Oktober Entführung der Lufthansa-Maschine mit 86 Passagieren und wenig später Ermordung des Flugkapitäns Jürgen Schumann, 19. Oktober Hanns Martin Schleyer wird ermordet aufgefunden. Damals forderten die Sprecher aller demokratischen Parteien: Der Rechtsstaat muß so stark gemacht werden, daß der Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland keine Chance mehr hat.

Kurzes Gedächtnis

Mit Staunen mußte man jedoch feststellen, daß die SPD/FDP offensichtlich ein sehr kurzes Gedächtnis hat. Kaum war eines der terroristischen Verbrechen vergangen, wollte sie die Gefährlichkeit des Terrorismus nicht mehr wahrhaben.

Wer wie die CDU vor einer weiteren Eskalation des Terrorismus warnte, erntete von der SPD bittere Vorwürfe: „Geschäft mit der Angst“, „Panikmache“ u. ä. Beschimpfungen sollten dem Wähler vorgaukeln, die CDU koche mit ihren Warnungen vor dem Terrorismus nur ein eigennütziges Parteistüppchen.

Jungsozialisten verstiegen sich sogar zu der Aussage, Dregger, Carstens, Stoltenberg und Strauß seien „die für die Demokratie weitaus gefährlicheren geistigen ‚Terroristen‘“. Wer wie die CDU Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Terrorismus machte, wurde verdächtigt, den Rechtsstaat abzubauen zu wollen.

Schmale Basis von SPD/FDP

Am Beispiel des Terrorismus wird deutlich, warum die SPD/FDP-Regierung auf schwerwiegende Probleme keine richtigen Antworten zu geben weiß. Die jetzige Bundesregierung besitzt nur noch eine schmale Basis, eine äußerst knappe Mehrheit im Parlament. Fünf Abgeordnete der Koalition können durch ihre Gegenstimmen die Mehrheit für die Regierung ins Wanken bringen. Daß dies nicht nur eine theoretische Möglichkeit ist, haben die Abstimmungen über das Kontaktsperregesetz, das Steuerpaket und die Antiterrorgesetze gezeigt.

Krise der SPD/FDP- Regierung

Die Bundesregierung findet sich in einem tiefen Dilemma. Ihre knappe Mehrheit berechtigt sie einerseits zur Ausübung der Regierungsmacht, die formalen Voraussetzungen des Regierens sind gegeben. Andererseits fehlt der Regierung jedoch in wichtigen Sachfragen die parlamentarische Mehrheit und damit die inhaltlich-politische Voraussetzung zum Regieren.

So wird die Regierung abhängig vom Machtkalkül und politischen Willen einer Kleinzahl von Abgeordneten der Koalition. Sie muß sich vor jeder Entscheidung erneut ihrer Mehrheit versichern. Dementsprechend verzögern sich Entscheidungen, Handlungen unterbleiben oder erfolgen zum falschen Zeitpunkt.

Zwischen Gehorsams- verweigerung und Macht- erhaltung

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hansen hat deutlich gemacht, daß er und seine Freunde „auch das Mittel der Gehorsamsverweigerung gegenüber Fraktion und Regierung bei politisch schwerwiegenden Entscheidungen im Sinne des ‚demokratischen Sozialismus‘“ einzusetzen bereit sind. Ein weiteres Mitglied dieser Gruppe, der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik, hat mehrfach zu verstehen gegeben, daß er bereit ist, den Faden zu kappen, an dem das Damoklesschwert über der Regierung hängt. So stand für Herrn Schmidt auch die Debatte über die Antiterrorgesetzgebung ganz unter dem Zeichen der Machterhaltung. Aus Angst, die Macht zu verlieren, ließ er sich von einigen Abgeordneten der SPD ein Minimalprogramm diktieren. Dieses erhöht in keiner Weise die Sicherheit vor dem Terrorismus.

SPD die Neinsager- Partei

Zu den Vorschlägen der CDU für eine wirksame Bekämpfung der Terroristen sagte die SPD/FDP „nein“. Man wird doch sehr an die SPD der fünfziger Jahre erinnert. Auch damals war die Antwort der

SPD auf alle wichtigen Vorschläge der CDU „nein“. Soziale Marktwirtschaft — nein, Verteidigung im Rahmen der Nato — nein, europäische Einigung — nein.

Anträge der CDU

Bei der Antiterrorismusgesetzgebung hatte die CDU beantragt, daß endlich die Gespräche zwischen Verteidigern und inhaftierten Terroristen überwacht werden können, wenn der dringende Verdacht der Vorbereitung oder Begehung neuer Straftaten besteht. Es muß möglich sein zu verhindern, daß neue Verbrechen aus den Gefängnissen heraus geplant werden.

Die CDU wollte außerdem die Möglichkeit schaffen, daß Terroristen nach Verbüßung einer Strafe in Sicherungsverwahrung genommen werden können. Wir können nicht mit zusehen, wie Terroristen nach Verbüßung einer Strafe freigelassen werden und sofort wieder den Kreis der Terroristen verstärken, wie es bei Brigitte Mohnhaupt geschehen ist. Es besteht auch überhaupt kein Anlaß, Terroristen nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Strafe fast automatisch auf Bewährung zu entlassen. Deshalb müssen entsprechende Bestimmungen verschärft werden. Schließlich muß die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung auch strafrechtlich als das behandelt werden, was sie ist: als Verbrechen.

Vorschläge der CDU

Die CDU hat noch eine Reihe anderer Vorschläge gemacht, die zur Zeit noch in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages beraten werden. Dazu gehören die Anhebung der Strafvorschriften, damit junge Menschen davon abgeschreckt werden, sich terroristischen Banden anzuschließen. Häftlinge, die in den Hungerstreik treten, sollen nicht gegen ihren freien Willen zwangsernährt werden, damit sie den Staat nicht erpressen können. Die Einführung eines Kronzeugen würde es uns erleichtern, Aufschlüsse über die Terroristen zu bekommen. Weiter fordert die CDU seit langem die Schaffung eines einheitlichen Polizeirechts im Bund und in den Ländern. Die Tätigkeit der Polizei ist heute noch durch uneinheitliches Recht und zum Teil unzureichende oder nicht hinreichend klare Eingriffsbefugnisse erschwert, wie gerade die schweren Pannen bei der Fahndung nach den Entführern und Mördern von Hanns Martin Schleyer zeigen. Der wechselseitige Informationsfluß und die Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und den Länderpolizeien muß weiter verbessert werden.

Solidarität der Demokraten

Die ernste Gefahr der Herausforderung durch den Terrorismus verlangt angemessene Entscheidungen. Die Solidarität der Demokraten darf nicht bei feierlichen Absichtserklärungen während der Dauer terroristischer Anschläge stehenbleiben. Sie hat sich vielmehr

in einer handlungsfähigen Politik zur Verbesserung der inneren Sicherheit zu bewähren.

Arbeitslosigkeit Etwas Ähnliches gilt für unser zweites großes Problem: die Arbeitslosigkeit. Auch hier reichen keine unverbindlichen Absichtserklärungen mehr. Vollbeschäftigung läßt sich nur mit einer konsequenten Politik erreichen.

Als die CDU regierte, war die Wirtschaft in Schwung. Sie war Motor für den Wohlstand von 60 Millionen Bürgern.

Was heute mit unserer Wirtschaft los ist, macht bereits eine Zahl mehr als deutlich: 1978 wird das vierte Jahr mit einer Arbeitslosenzahl von über einer Million sein.

Seit 1973 sind 1,6 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen. Daß nicht noch mehr Menschen auf der Straße stehen, ist nur der Tatsache zu verdanken, daß inzwischen einige Hunderttausend ausländische Arbeitnehmer in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Besonders dramatisch ist aber, daß die Arbeitslosigkeit für den einzelnen immer länger dauert. Ende 1977 war fast ein Fünftel aller Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos. Besonders hart sind die Frauen von der Arbeitslosigkeit getroffen. Die Hälfte aller Arbeitslosen sind Frauen. Von den Jugendlichen unter 20 Jahren haben rd. 100 000 keinen Arbeitsplatz.

Rückgang der Investitionen

Letztlich ist dies die Folge eines dramatischen und international beispiellosen Rückgangs der Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Für die Jahre 1971 bis 1978 ergibt sich im Vergleich zum Zeitabschnitt 1960 bis 1970 eine Investitionslücke von knapp 300 Mrd. DM — in Preisen von 1970 —; allein für 1978 wird sich voraussichtlich eine Lücke von 70 Mrd. DM ergeben.

Wirtschaftspolitik

Investitionslücke und der daraus resultierende Mangel an Arbeitsplätzen sind die eindeutigen Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik der SPD/FDP. Bundeskanzler Schmidt sagte einmal, Vertrauen sei das halbe Wachstum. Wie kann jedoch die Wirtschaft Vertrauen in diese Regierung haben, wenn die Partei des Kanzlers die Wirtschaft nur als ergiebige Milchkuh ansieht, die gemolken werden muß bis zum Gehnichtmehr. 1971 formulierte dies der damalige SPD-Kanzler Brandt so: „Wir müssen die Kuh für eine ganze Menge von Dingen, die wir uns vorgenommen haben, melken.“ Die Konsequenz daraus war der Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat. Daraus folgte Inflation und daraus Arbeitslosigkeit. Auch Herr Schmidt, der früher meinte, 5 % Inflation wäre ihm lieber als 5 % Arbeitslosigkeit, hat inzwischen begriffen, daß Arbeitslosigkeit nicht zu verhindern ist, wenn man die Inflation treiben läßt.

Es gehört natürlich ein bißchen volkswirtschaftlicher Verstand dazu, eine solche Entwicklung vorherzusehen. Die CDU hat gesehen, wohin die Wirtschaftspolitik der SPD/FDP treibt und hat eindringlich vor dieser Entwicklung gewarnt.

CDU- Programm zur Vollbeschäfti- gung

Natürlich beließ es die CDU nicht allein bei Warnungen. Sie hat immer wieder Vorschläge gemacht, wie wir aus dem Wirtschaftsdaster herauskommen können. Diese Vorschläge sind in ein Programm aufgenommen worden, das Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, das die CDU Anfang 1977 vorgelegt hat.

Der Schwerpunkt dieses Programms liegt bei den Maßnahmen, die die Investitionsneigung der Unternehmen erhöhen und somit neue Arbeitsplätze schaffen sollen. Die Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze haben absolute Priorität. Mit ihrer Hilfe soll die reale Wachstumsrate der Wirtschaft stabilitätsgerecht um ein Prozentpunkt über die Produktivitätsentwicklung hinaus gesteigert werden. Dies schafft jährlich 250 000 neue Arbeitsplätze. Diese Zahl zeigt, daß das CDU-Programm von realistischen Annahmen ausgeht.

Flankierende Maßnahmen

Der CDU ist völlig klar, daß die Ursachen, die in der seit nunmehr sieben Jahren anhaltenden verfehlten Politik begründet sind, nicht von heute auf morgen beseitigt werden können. Deshalb schlägt das Programm „flankierende Maßnahmen“ vor. Hierzu gehören das Erziehungsgeld für das erste Lebensjahr des Kindes, das Berufsgrundbildungsjahr für eine qualifiziertere Ausbildung und die befristete Erweiterung der flexiblen Altersgrenze auf freiwilliger Basis.

CDU- Initiativen

Das Programm wird Zug um Zug von der CDU in die parlamentarische Beratung eingebracht. Im Bundestag und im Bundesrat hat die Union bereits wichtige steuerliche Teile des Programms durchgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbeschädigte von 62 auf 60 Jahre eine weitere Initiative zur Verwirklichung des Programms ergriffen.

In einem Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Berufsgrundbildungsjahr gefordert. In den CDU-geführten Bundesländern wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen. Weitere Schritte zur Verwirklichung des Vollbeschäftigungsprogramms werden folgen.

Natürlich kostet die Verwirklichung des Programms Geld. Aber gleichzeitig wird auch Geld eingespart. Denn eine Million Arbeitslose kosten den Staat jährlich 18 Mrd. DM. Für die CDU gilt der Grund-

satz: Es ist menschlicher und wirtschaftlich wesentlich vernünftiger, Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Renten in Gefahr

Wie teuer uns Arbeitslosigkeit kommen kann, zeigen nicht zuletzt die Finanzprobleme der Rentenversicherung. Der Bundeskanzler hat vor der Bundestagswahl, als der Verband der Rentenversicherungsträger, die Deutsche Bundesbank, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die Opposition und die Sozialverbände darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Finanzierung der Renten problematisch wird, dies, wie Sie alle wissen, mit dem Satz abgetan, es handele sich um ein Problemchen und er hat gleichzeitig noch die Christlich Demokratische Union der unchristlichen Lüge beschuldigt. Die Bundestagswahl ist vorbeigegangen. Und ich frage Sie alle miteinander, wem haben die alten Leute wohl geglaubt? Damals haben sie der Regierung geglaubt. Aber sie sind von der Regierung falsch unterrichtet worden.

Wählerbetrug

Der Bundeskanzler hat auf einer sehr illustren Gesellschaft vor wenigen Wochen bei der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises erklärt, er wehre sich gegen den Vorwurf, er habe einen Wählerbetrug begangen. Er hat gesagt, er habe sich lediglich geirrt. Doch die Zahlen lagen auf dem Tisch. Und zwar vor der Wahl. Da gibt es nur eine Alternative: Entweder er hat diese Zahlen nicht zur Kenntnis genommen, dann hat er seine Amtspflichten verletzt, oder er hat sie gekannt — dann hat er die Wähler bewußt getäuscht. Es geht hier um Wahrheit, um Verlässlichkeit und um Vertrauen.

Selbsturteil

1966 ist ein Jahr, das in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist als ein Jahr der sogenannten Rezession. Wir wären heute alle miteinander glücklich, wenn wir nur die Probleme von damals hätten. Aber der heutige Bundeskanzler hat im Jahre 1966 auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bremen wortwörtlich erklärt: „Wir stehen heute, im Jahre 1966, vor einer Finanzkatastrophe der öffentlichen Haushalte. Und es wird noch schlimmer werden. Und ich füge hinzu, diejenigen Leute, die dafür verantwortlich sind, gehören ins Gefängnis oder aus ihren Ämtern gejagt.“

Wenn wir diesen Maßstab an die Bundesregierung anlegen würden, dann müßte man beim Landgerichtsgefängnis in Bonn einen Anbau machen, damit auch alle hineinpassen, die dann hineingehören.

Rettet die Sozialreform

Aber darum geht es uns gar nicht. Uns geht es darum, daß wir die größte Sozialreform der Nachkriegsgeschichte retten gegen einen willkürlichen Anschlag. Das ist uns wichtig. Wir müssen uns hier einsetzen für die Bürger, für die diese Sozialreform im Unterschied zu allen anderen Industriestaaten der Welt endlich Sicherheit im Alter gebracht hat.

Ich glaube, daß wir die Sozialdemokraten vor allem daran erinnern sollten, welche Verantwortung sie immer für sich in Anspruch genommen haben. Und wir hoffen, daß nicht nur einigen, sondern vielen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten das Gewissen schlägt, wenn sie von ihrer Regierung dazu gebracht werden sollen, Hand anzulegen, die Sozialreform des Jahres 1957 zu beseitigen.

Generationen- vertrag

Es handelt sich um eine grundsätzliche Frage. Die Solidarität der jetzt Erwerbstätigen ist zugleich ein wichtiger Beitrag für ihre eigene soziale Sicherung im Alter. Und es wird hier durch die Vorschläge der Bundesregierung mehr zerstört als ein großartiges Gesetzeswerk. Denn die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Renten prägt auch mehr und mehr den Stil, wie jung und alt in Zukunft miteinander umgehen. Wie wir heute mit unseren älteren Mitbürgern verfahren, so werden die Jungen in unserem Alter mit uns umgehen. Der Generationenvertrag steht auf dem Spiel. Es geht um mehr als um Geld, um Mark und Pfennig — es geht um die soziale, die solidarische Gesinnung des einen für den anderen, der nicht mehr in der Lage ist, mit seiner eigenen Hände Arbeit seinen Lohn zu verdienen.

Die Solidarität zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen ist mehr als eine Frage der Zweckmäßigkeit, die man heute so und morgen anders bestimmen kann. Aber genau dies tut die Bundesregierung. Und dagegen wehren wir uns.

Solidarität mit den Rentnern

Für uns mißt sich der Wert eines Menschen nicht allein an seiner Leistung im Produktionsprozeß. Der Mensch hat Wert und Würde vor jeder Leistung. Und deswegen gilt die Solidarität, unsere Solidarität gerade auch denjenigen, die nicht oder nicht mehr leistungsfähig sind, die auf eine Rente angewiesen sind. Eine Rente, die ja nicht als eine Gnade von oben herunter irgend jemandem gegeben wird, sondern eine Rente, für die die Leute ihr Arbeitsleben hindurch hart gearbeitet haben. Wie wir diese Frage entscheiden, davon hängt ganz wesentlich die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie ab.

Es ist von einigen zu Recht gefragt worden, wie die Alternativen aussehen. Die Christlich Demokratische Union hat sich klar bekannt zu dem Konzept der bruttolohnbezogenen Rente. Die Christlich Demokratische Union hat sich auch in dieser kritischen Zeit nicht gescheut, das zu sagen, was sie finanzpolitisch für richtig hält, ohne daß deswegen der verlässliche Maßstab der Rente verlassen wird.

Konsolidierung der Renten- finanzen

So ist es sicherlich kein populärer Vorschlag, wieder auf den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner zurückzugreifen. Aber wir sind keine Partei, die aus der Opposition heraus glaubt, sie brauche

den Leuten nur nach dem Mund zu reden. Wir haben gesagt, wir wollen den Krankheitsversicherungsbeitrag der Rentner wieder einführen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der Finanzsituation in der Rentenversicherung. Dieser Vorschlag ist richtig, er ist sozial gerecht und vor allem: Er läßt die Bruttolohnbezogenheit der Rente unangetastet. Er läßt sie weiter in der Zukunft Gültigkeit haben und wir haben gleichzeitig hinzugesagt, daß die Einsparungen, die der Bundeshaushalt durch unsere Vorschläge erfährt, z. B. bei der Knappschaft, in Höhe von 2 bis 2,5 Mrd. DM dazu verwendet werden sollen, um die Finanzen in der Rentenversicherung aufzufüllen.

Ich glaube, aus der Opposition heraus hat die Christlich-Demokratische Union Mut bewiesen, indem sie auch unpopuläre Vorschläge gemacht hat. Dies ist nicht ohne weiteres selbstverständlich. Ich frage Sie einmal, ob die Sozialdemokratische Partei in der Zeit, in der sie in der Opposition war, bei ähnlichen Vorkommnissen — so schlimme sind allerdings gar nicht passiert damals unter der CDU-Regierung — aber ob sie bei auch nur annähernd ähnlichen Vorkommnissen den Mut gehabt hat, ein solch ausgewogenes Finanzierungskonzept vorzulegen. Und im übrigen: Eines ist klar — wir werden die Finanzierungsprobleme unseres Staates — auch der Rentenversicherung — auf die Dauer nicht lösen können, wenn wir die wirtschaftspolitischen Probleme nicht lösen. Deshalb ist der Plan der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung auch ein entscheidender Betrag zur Sicherung unserer Renten.

Die CDU hat das Konzept

Die Alternativen der CDU zur Sanierung der Rentenfinanzen, zur Vollbeschäftigung und zur inneren Sicherheit zeigen, daß die Union ein wirkungsvolles Konzept hat, mit dem die schwierigen Probleme unserer Zeit gelöst werden können. Die CDU sorgt für mehr Sicherheit der Bürger. Die CDU hilft mit ihrer Politik insbesondere den sozial Schwachen und sozial Benachteiligten. Die CDU schafft die Voraussetzungen für mehr Freiheit der Bürger.

Anfang dieses Jahres mußte SPD-Kanzler Schmidt sein Kabinett umbilden. Seine jetzige Ministerriege ist das letzte Aufgebot der SPD. Neue Minister kamen, doch die alten Probleme blieben. Von der SPD ist ein entscheidender neuer Anfang nicht mehr zu erwarten.

Eine bessere Regierung für die Bundes- republik

Jetzt hilft nur noch ein wirklicher Wechsel in der Regierungsverantwortung. Denn: Die Deutschen haben eine bessere Regierung verdient. Helmut Kohl und die CDU haben die besseren Ideen und die besseren Männer, die unser Land in eine bessere Zukunft führen können.

Zahlen, die für sich selbst sprechen

Abhängig Beschäftigte, Arbeitslose und offene Stellen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1962

Jahr	Abhängig Beschäftigte	Kurzarbeiter	Arbeitslose		Offene Stellen
		in Tausend	in %		in Tausend
1962	21 032	4	155	0,7	574
1963	21 261	11	186	0,8	555
1964	21 484	2	169	0,8	609
1965	21 757	1	147	0,7	649
1966	21 765	16	161	0,7	540
1967	21 054	143	459	2,1	302
1968	21 183	10	323	1,5	488
1969	21 752	1	179	0,9	747
1970	22 246	10	149	0,7	795
1971	22 241	86	185	0,9	648
1972	22 435	76	246	1,1	546
1973	22 564	44	273	1,3	572
1974	22 152	292	582	2,6	315
1975	21 386	773	1 074	4,7	236
1976	21 288	277	1 060	4,6	235
1977	21 274	228	1 027	4,5	241

Entwicklung des Bruttoanlagevermögens in der Bundesrepublik Deutschland

— Mrd. DM; in Preisen von 1970 —

	„normale“ Investitionen ¹⁾	effektive Investitionen ²⁾	Investitionslücke	
			jährlich	kumuliert
1970	173,69	173,69	—	—
1971	182,15	184,87	— 2,72	— 2,72
1972	191,02	191,30	— 0,28	— 3,00
1973	200,32	191,67	8,65	5,65
1974	210,08	172,61	37,47	43,12
1975	220,31	165,37	54,94	98,06
1976	231,04	173,73	57,31	155,37
1977	242,29	178,5*)	63,79	219,16
1978	254,09	184,5*)	69,59	288,75

Altersstruktur des Bruttoanlagevermögens in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland

— Anteil der Investitionsjahrgänge in % —

	5 Jahre und jünger	6 bis 10 Jahre	11 Jahre und älter
1960	41,1	26,9	32,0
1965	37,5	28,6	33,9
1970	31,3	28,7	40,0
1974	30,2	24,8	45,0
1976*)	17,0	20,0	63,0

*) Werkzeugmaschinen

Quelle: DIW, VDW

Veränderung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland von 1964 bis 1976 in Tausend

	Lebend- geborene	Gestorbene	Überschuß der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (—)
1964	1 065	644	+ 421
1965	1 044	678	+ 367
1966	1 050	686	+ 364
1967	1 019	687	+ 332
1968	970	734	+ 236
1969	903	744	+ 159
1970	811	735	+ 76
1971	779	731	+ 48
1972	701	731	— 30
1973	636	731	— 95
1974	626	728	— 101
1975	601	749	— 149
1976	603	733	— 130

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1977

*) nach Schätzungen des Herbstgutachtens

1) Bei den normalen Investitionen ist der längerfristige Trend der Jahre 1960 bis 1970 unterstellt. Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate betrug + 4,87 %

2) Quelle: Statistisches Bundesamt

Bevölkerungsentwicklung

		Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner
Bundesrepublik Deutschland	(1976)	9,8
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	(1975)	10,8
Österreich	(1976)	11,6
Schweden	(1976)	12,0
Belgien	(1975)	12,2
Schweiz	(1975)	12,3
Großbritannien und Nordirland	(1975)	12,4
Niederlande	(1975)	13,0
Norwegen	(1976)	13,3
Frankreich	(1976)	13,6
Finnland	(1976)	14,0
Dänemark	(1975)	14,2
Vereinigte Staaten	(1976)	14,7
Italien	(1975)	14,8
Griechenland	(1975)	15,7
Ungarn	(1976)	17,5
Jugoslawien	(1975)	18,1
Sowjetunion	(1975)	18,2